

NachDenkSeiten Gesprächskreis Frankfurt/M

Diskussion eines Artikels im "ANTI - SPIEGEL" v. 10.04.'24 - Moderiert von Ulrich Riedel

"IMPERIUM ODER CHAOS : Wozu braucht Europa den Ukraine-Konflikt?"

WIE DIE EU-KOMMISSION IM SCHATTEN DES UKRAINE - KONFLIKTES DIE NATIONALSTAATEN ENTMACHTET

Alle Macht nach Brüssel

Wie die EU-Kommission im Schatten des Ukraine-Konfliktes die Nationalstaaten entmachtet
Die EU-Kommission reißt immer mehr Macht an sich und entmachtet die Nationalstaaten der EU. Der Ukraine-Konflikt und die Kriegspropaganda verdecken den laufenden Prozess der Entmachtung der EU-Mitgliedsstaaten. von Anti-Spiegel 10. April 2024

Ich habe schon öfter thematisiert, dass EU-Kommissionschefin von der Leyen den EU-Mitgliedsstaaten immer mehr Kompetenzen entzieht und die Macht der EU-Kommission auf Bereiche ausgeht, über die ihr laut den EU-Verträgen gar keine Macht zusteht. Sei es der skandalöse zentralisierte Kauf von Covid-„Impfstoffen“, sei es die Übernahme über die Medienaufsicht, oder sei es aktuell der Versuch der Übernahme der Kontrolle über die Rüstungsindustrie. Hinzu kommen zu all dem die Bemühungen, das Vetorecht der Mitgliedsstaaten abzuschaffen, was die Macht komplett in Brüssel konzentrieren würde.

Da die EU-Kommission nicht demokratisch gewählt ist und das Europäische Parlament nur ein Scheinparlament ist, dessen Entscheidungen nur beratende Funktionen haben, läuft hier gerade der Prozess der Abschaffung von demokratischen Prozessen, weil die Nationalstaaten, in denen gewählte Parlamente bindende Entscheidungen treffen können, entmachteten werden.

Beginn der Übersetzung:

Imperium oder Chaos: Wozu braucht Europa den Ukraine-Konflikt?

Denis Dubrowin, Leiter des TASS-Büros in Brüssel, darüber,
warum die EU eine Vorkriegshysterie schürt und welche Rolle die USA und die NATO dabei spielen

Die europäischen Staats- und Regierungschefs sprechen heute immer häufiger von Krieg oder einer Vorkriegssituation und machen der Öffentlichkeit und einander mit der „russischen Bedrohung“ oder der drohenden Niederlage der Ukraine in einem „für Europa existenziellen Konflikt“ Angst. Hat diese Rhetorik eine konkrete praktische Bedeutung?

Ja, hat sie. Der Konflikt in der Ukraine hat nicht nur in Russland, sondern auch in Europa tiefgreifende Veränderungen ausgelöst. Unter der direkten Führung der Chefin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, wird heute versucht, die EU unter formaler Beibehaltung aller ihrer äußeren Merkmale, einschließlich ihres Namens, in eine starre, zentralisierte Struktur zu verwandeln. Die Macht der Brüsseler Institutionen soll vervielfacht werden. Die Macht der nationalen Regierungen soll minimiert werden.

Die EU, wie wir sie kannten, gehört der Vergangenheit an. Das Projekt der friedlichen wirtschaftlichen europäischen Integration, wie sie immer positioniert wurde, ist vorbei. Das neue Europa könnte in absehbarer Zeit deutlich imperiale Züge annehmen. Brüssel profitiert heute von der Kriegspropaganda und der Wahrnehmung der Situation in Europa als Vorkriegszustand, denn nur unter diesen Bedingungen lassen sich Veränderungen dieses Ausmaßes realisieren.

Die weit verbreitete Behauptung, Brüssel tue im Ukraine-Konflikt „nur das, was Washington will“, ist falsch. Brüssel ist ein Akteur, und zwar ein Akteur, der sich voll ins Zeug gelegt hat. Es hat seine eigenen Ziele, Risiken und Interessen, die sich von denen der USA unterscheiden, und ich werde versuchen, sie zu umreißen.

Der Euro-Umbau

Wie wird die neue europäische Ordnung aussehen?

Die EU-Kommission muss die Funktionen einer vollwertigen Regierung übernehmen, auch wenn ihre Mitglieder und ihre Chefin nicht gewählt werden. Das Europäische Parlament, das nach den Grundlagendokumenten der EU nur beratende Funktionen hat, soll die Befugnisse eines gesamteuropäischen Gesetzgebungsorgans erhalten.

Die Regierungen und Parlamente der europäischen Länder bleiben zwar gewählte Organe, verlieren aber einen großen Teil ihrer Befugnisse, die sie freiwillig an Brüssel abgeben. Ihre Funktionen werden allmählich auf die Rolle regionaler Verwaltungen, wie Provinzregierungen innerhalb eines Staates, schrumpfen. Die Außenpolitik, die Militärpolitik, der Handel, die gesamte Regulierung der Wirtschaft, die Kontrolle über die Industrie einschließlich des Verteidigungssektors, die Festlegung von Prioritäten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wissenschaft werden ausschließlich in Brüssel bestimmt werden. Den Abschluss und zugleich das Symbol dieser Umgestaltungen soll der Verzicht auf das Vetorecht der EU-Länder im Europäischen Rat bilden.

All diese Veränderungen, so die offizielle Formulierung der EU-Kommission, werden im Rahmen der Vorbereitung der EU auf eine neue Erweiterung – die Aufnahme der Ukraine, Moldawiens und der Balkanländer – realisiert.

Das ist die Skizze für die bevorstehenden Transformationen der EU, deren Anfang bereits gelegt wurde.

Die Chefin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, rechnet fest damit, all diese Veränderungen innerhalb der Amtszeit der nächsten EU-Kommission von 2025 bis 2029, die sie zu leiten gedenkt, abzuschließen. Und dafür hat sie sich bereits die Unterstützung der supranationalen Bürokratie, der Regierungspartei der EU – der Europäischen Volkspartei, der Gemeinschaft der neochristlich-demokratischen politischen Kräfte in der EU – gesichert. Sie hat auch die breite Unterstützung der globalistischen Elite der EU, und diese Ansichten vertreten heute von 70 bis 80 Prozent aller führenden europäischen Politiker.

Krieg als Motor der Reform

Um einen Wandel dieses Ausmaßes auszulösen, bedarf es außergewöhnlicher Umstände. Im Idealfall eine globale Katastrophe, eine Pandemie oder einen Krieg. Aber wenn es einen Krieg gibt, dann nur an den Grenzen. Auf keinen Fall darf es sich um einen totalen Krieg auf dem eigenen Gebiet handeln, denn er soll Angst erzeugen und die Wirtschaft untergraben, aber sie nicht völlig zerstören.

Genau das ist die Funktion, die der Ukraine-Konflikt für Brüssel hat. All die Erklärungen der europäischen Staats- und Regierungschefs über die „Vorkriegssituation in Europa“, darüber, dass in der Ukraine „unser Kampf stattfindet“, darüber, dass sich die EU „auf einen Krieg vorbereiten“ muss, zielen nicht nur und nicht so sehr darauf ab, Mittel zur Unterstützung des Ukraine-Konflikts zu sammeln. Ihr Hauptziel ist es, das notwendige Maß an Kriegshysterie und Angst aufrechtzuerhalten, das es Brüssel ermöglicht, den Transfer der Macht weg von den nationalen Regierungen durchzuführen und die Bürger der EU dazu zu bringen, sich mit dem drohenden gravierenden Rückgang des Lebensstandards abzufinden, der mit der Militarisierung der Wirtschaft verbunden ist.

Die Rolle der von der Leyen

Den Prozess der Aneignung von Macht betreiben europäische Beamten seit Jahrzehnten und alle bisherigen Krisen der EU wurden aktiv zu diesem Zweck genutzt (mehr dazu unten). Aber nur von der Leyen war in der Lage, den Prozess der Zentralisierung Europas zu gestalten und direkt zu steuern. Sie begann mit dieser Arbeit buchstäblich in dem Moment, als sie (durch den Beschluss des EU-Gipfels im Juni 2019) zur Chefin der EU-Kommission ernannt wurde. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt verkündete sie, dass die EU nicht länger ein wirtschaftliches, sondern ein „geopolitisches Projekt“ sei.

Von der Leyen nutzte die Corona-Krise effektiv, um die Nationalstaaten der EU zum ersten Mal in ihrer Amtszeit zu schwächen. Sie übertrug der EU-Kommission die Verantwortung für wichtige gesundheitspolitische Entscheidungen und führte vor allem erstmals ein System der zentralen Beschaffung von Impfstoffen ein, bei dem die EU-Kommission alle EU-Länder vertrat und die genauen Vertragsbedingungen nach eigenem Ermessen in deren Namen

festlegte. Dabei haben die EU-Länder die Impfstoffe aus ihren eigenen Haushalten bezahlt. Ohne die Corona-Pandemie wäre das alles unvorstellbar gewesen.

Inzwischen hat sich der Impfstofftrick mindestens zweimal wiederholt, denn die EU-Kommission hat bereits eine ähnliche Plattform für den Kauf von Flüssigerdgas für alle Verbraucher der EU geschaffen. Von der Leyen und ihr Stellvertreter und Chef des diplomatischen Dienstes Josep Borrell, der sich bereits als Außen- oder Verteidigungsminister der EU bezeichnet, wollen das gleiche System für gemeinsame Waffenkäufe einführen. Zuerst für den Bedarf der Ukraine und dann für den Bedarf der gesamten EU.

Von der Leyen hat bereits erklärt, dass es in der neuen EU-Kommission den Posten des EU-Kommissars für Verteidigung geben wird. Und es gab keine Widersprüche. Die Verteidigungspolitik war bis 2022 das Allerheiligste unter den Aufgaben der nationalen Regierungen der europäischen Länder, zu dem die EU-Institutionen keinen Zutritt hatten. Den hatte nur die NATO, und selbst da wurden alle Prioritäten der militärischen Zuweisungen und militärischen Aufträge allein von den Regierungen bestimmt. Das ist bereits Vergangenheit.

20 Jahre der Krisen

Die Wiedergeburt Europas hat nicht erst gestern begonnen, sie bahnte sich seit 2004 an, als die 15 Nationen umfassende westeuropäische EU auf einen Schlag um zehn Länder Ost- und Mitteleuropas erweitert wurde. Meiner Meinung nach ist es übrigens kein Zufall, dass in demselben Jahr der erste „Maidan“ in der Ukraine stattfand, die relativ milde „Orangene Revolution“, als der europäisch gesinnte Nationalist Viktor Juschtschenko an die Macht kam, nachdem er Viktor Janukowitsch „verdrängt“ hatte.

Ich bin überzeugt, dass die Erweiterung von 2004 der Höhepunkt des europäischen Projekts der wirtschaftlichen Integration war. Der Moment, in dem der größte Teil Europas unter der (damals) relativen Kontrolle Brüssels vereinigt war, war der Höhepunkt seines Aufstiegs. Aber auf den Höhepunkt folgt immer ein Abstieg. Und mit der Erweiterung 2004 begann die Krise, oder besser gesagt eine Reihe von Krisen der EU. Buchstäblich bei jeder dieser Krisen wurden die Befugnisse Brüssels schrittweise erweitert.

Die institutionelle Krise von 2005 bis 2009 brachte die Schaffung des einheitlichen diplomatischen Dienstes der EU, der nach und nach die Kontrolle über die gesamte Außenpolitik der EU-Länder übernahm. Die Gaskrisen 2006 und 2009 brachten die Entwicklung des dritten EU-Energiepakets und den Beginn der Restriktionen gegen russisches Gas durch die EU. Die Eurokrise von 2010 bis 2014 brachte Einführung neuer Regeln für die Staatsverschuldung der EU-Länder und die Übernahme der teilweisen Kontrolle über die Haushalte der Mitgliedsstaaten durch die EU-Kommission. Die Ukraine-Krise von 2014 und 2015 brachte starke Ausweitung der Praxis der Sanktionen. Die Migrationskrise von 2015 bis 2017 brachte Ausweitung der Rolle der EU-Kommission in Migrationsfragen und die Einführung des Prinzips der quotenbasierten Umverteilung von Migranten zwischen den EU-Ländern. Die Krise der Coronavirus-Pandemie von 2020 und 2021 brachte die Übertragung der Kontrolle über die Gesundheitsversorgung und das Prinzip der gemeinsamen Beschaffung von Impfstoffen unter der Kontrolle der EU-Kommission.

Die EU wurde während all dieser Jahre buchstäblich erschüttert. Keine dieser Krisen wurde vollständig gelöst und die Folgen jeder dieser Krisen sind für die EU noch heute spürbar.

Die Corona-Initiativen

Die Folgen der Corona-Pandemie sind besonders erwähnenswert. Sie schlagen sich in Hunderten Millionen Dosen bereits unbrauchbarer Impfstoffe nieder, die die EU-Länder bis Ende 2024 im Rahmen von Verträgen mit westlichen Pharmaunternehmen kaufen müssen, die 2021 von Ursula von der Leyen persönlich abgeschlossen wurden.

Diese Impfstoffe landen jetzt auf dem Müll. Aber führende EU-Politiker stellen keine Fragen an von der Leyen. Nur einzelne Journalisten veröffentlichen einzelne kritische Berichte, die (was für eine Überraschung) in den Mainstream-Medien kein Echo finden.

Vergleicht man die Jahre 2004 und 2024, so sind Wirtschaftsbereiche im Wert von Billionen Euro unter die Regulierungshoheit der EU-Institutionen geraten. Allein die Kosten für die Anschaffung von 4,6 Milliarden Dosen Corona-Impfstoff belaufen sich nach offiziellen Angaben auf 71 Milliarden Euro.

Was hat der Brexit damit zu tun?

Die oben beschriebene Dynamik der Ausweitung der Macht Brüssels liefert übrigens eine sehr einfache und logische Erklärung für den Austritt Großbritanniens aus der EU.

London hat große Erfahrung mit internationaler Manipulation, der Anhäufung von Einfluss und der Nutzung fremder Länder für seine eigenen Interessen. Die britische Elite spürt die direkten und versteckten Mechanismen der Macht fast unbewusst. Und natürlich lässt es die Genetik des ehemals größten Kolonialreichs Europas nicht zu, dass London in der EU-Kommission zum Beispiel von Deutschen regiert wird.

Großbritannien war noch nie ein großer Befürworter des europäischen Projekts. Sobald die Briten spürten, dass der Prozess der Abwertung der Staaten und der Stärkung der supranationalen Strukturen auf dem Kontinent an Dynamik gewann, zogen sie es offensichtlich vor, schnell aus diesem Zug auszusteigen. Das taten sie genau zwischen der Migrationskrise und dem Ausbruch der Corona-Pandemie.

Erweiterung und Dominanz

Doch was bezweckt diese neue supranationale Struktur, die in der „Hülle“ der EU wächst?

Die derzeitigen Regierungschefs der EU – von der Leyen, Borrell und der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel – sagen es ganz offen: Erweiterung und Dominanz. Die Erweiterung wird es dieser neuen Struktur ermöglichen, neue Gebiete auf dem Balkan und im postsowjetischen Raum unter ihre direkte Kontrolle zu bringen, und die Aufrechterhaltung der westlichen Dominanz in der Welt wird Europa mit den notwendigen Bodenschätzen versorgen.

Tatsächlich ist das die einzige Weltanschauung, die die heutige globalistische Elite der EU hat. Sie kennen einfach kein anderes Modell. In ihren Augen sind der Westen, Europa und die USA ein „Garten“ (nach Borrells Worten), der den „Dschungel“ beherrschen soll (die EU bevorzugt den Begriff „lenken“). Das heißt, den Rest der Welt.

Was den „Dschungel“ außerhalb der EU betrifft, so sieht Brüssel seine wichtigste Priorität darin, so viele Länder wie möglich dem Einfluss der „regionalen Raubtiere“ – China, Russland, Türkei, Iran und Indien – zu entziehen und die „befreiten“ Länder an sich zu binden. Erstens ideologisch, auf der Grundlage von „Werten“, den Prinzipien der „Demokratie“, der „Menschenrechte“, der „Rechtsstaatlichkeit“ und der „regelbasierten Weltordnung“ (die muss man nicht einhalten, das Wichtigste ist, sie zu verkünden). Zweitens wirtschaftlich, durch Freihandelsabkommen, die in der liberalen Terminologie der EU angeblich für alle Beteiligten von Vorteil sind. In Wirklichkeit kommt der Freihandel immer der stärkeren Wirtschaft zugute, indem er der schwächeren Bodenschätzen entzieht und sie mit Industrieprodukten und anderen Waren mit hohem Mehrwert überschwemmt, die vom stärkeren Partner hergestellt werden.

So gibt es beispielsweise kein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, den wichtigsten Befürwortern liberaler Werte und den strategischen Partnern in der westlichen Welt. Darüber hinaus führen die „Freunde“ seit Jahrzehnten ständige und intensive Handelskriege gegeneinander und suchen nach jeder Gelegenheit, ihren Produzenten Vorteile zu verschaffen.

Die Rolle der USA

Welche Rolle spielen die USA bei den Ereignissen um die Ukraine und wie sieht das europäische Establishment sie?

Man kann nicht leugnen, dass der Einfluss der USA auf die EU enorm ist. Es war Washington, das die moderne Elite der EU geformt hat, denn amerikanischer Einfluss, Thinktanks, Bildung und Medien haben für die Formung ihrer globalistischen Ansichten gesorgt. Was die Ukraine-Krise betrifft, so sind es die USA und nicht die EU, die jahrzehntelang ukrainische Politiker, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Journalisten und Meinungsführer herangezogen haben, die das Land eines Tages endgültig von Russland loslösen sollten. Es sind die USA, die versuchen, der wirtschaftliche Nutznießer der Ukraine-Krise zu werden. Und zwar zum Nachteil Europas.

So versucht Washington, den Schaden seiner eigenen Sanktionen gegen Russland zu minimieren, während die europäische Wirtschaft in viel größerem Maße Schaden nimmt. Die USA übernehmen die europäischen Märkte, aus denen Russland durch die Sanktionen verdrängt wurde (insbesondere den Gasmarkt). Die Amerikaner fördern den Braindrain, die Abwanderung von Kapital und Humanressourcen sowie die Verlagerung der Industrie von Europa nach Amerika. Gleichzeitig wird durch die Schwächung der europäischen Industrie der Wettbewerbsdruck auf die amerikanischen Hersteller verringert. Washington überhäuft seinen militärisch-industriellen Komplex mit Aufträgen für die nächsten Jahrzehnte und überlässt den europäischen Ländern eine Low-Tech-Militärproduktion, vor allem von Geschossen und Munition, die Europa zu einem großen Teil gar nicht verkaufen kann, sondern mit eigenem Geld kaufen und an die Ukraine liefern muss. Darüber hinaus haben die USA offenbar bereits erkannt, dass die Ukraine bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen aus politischer Sicht kein Aktivposten, sondern eine Belastung ist. Während sie die europäischen Länder auffordern, ihre Waffenlieferungen und ihre Wirtschaftshilfe zu erhöhen, reduziert Washington seine Beteiligung an dem Prozess und bereitet die Bedingungen für eine weitere Reduzierung vor.

Der Plan der NATO

Ein hervorragendes Beispiel für die Verringerung des amerikanischen Engagements und sogar für die Vorbereitungen, Washington von diesem „rein europäischen Konflikt“ zu distanzieren, ist der „Stoltenberg-Plan“, von dem Teile am 3. und 4. April auf dem Treffen der NATO-Außenminister verkündet wurden. Er sieht vor, dass die NATO-Länder auf dem für Juli in den USA geplanten Gipfeltreffen ein Programm für langfristige Waffenlieferungen an die Ukraine im Wert von 100 Milliarden Dollar für fünf Jahre beschließen. Dabei sollen die Lieferungen nicht wie bisher freiwillig, sondern geplant und verbindlich sein. Außerdem soll die gesamte Koordinierung der Waffenlieferungen im Rahmen der Ramstein-Koalition (der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine) vom Pentagon, das derzeit dafür zuständig ist, auf die NATO übertragen werden.

Am wichtigsten ist, dass diese 100 Milliarden Dollar Quellen zufolge unter den NATO-Ländern im gleichen Verhältnis aufgeteilt werden sollen, wie der Haushalt der Organisation aufgeteilt ist. In diesem Fall müssten die USA 16 Milliarden Dollar zu dem Programm beitragen, was knapp ein Viertel der 60 Milliarden Dollar ist, die der Kongress seit sechs Monaten nicht genehmigen kann.

All diese Maßnahmen werden es den USA ermöglichen, sich so weit wie möglich vom Ukraine-Konflikt zu distanzieren und immer deutlicher zu erklären, dass das ein rein europäisches Problem ist. Dabei hätte Washington nach wie vor völlige Handlungsfreiheit, um zum Beispiel nach eigenem Ermessen zusätzliche Waffen an die Ukraine zu liefern, wenn es ihm günstig erscheint.

Man sollte sich nicht von der Tatsache täuschen lassen, dass der Plan von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und nicht von US-Außenminister Anthony Blinken oder US-Präsident Joe Biden verkündet wurde. Alles, was in der NATO getan wird, geschieht auf Beschluss der USA, und in diesem Sinne ist der NATO-Generalsekretär genauso eine Stimme Washingtons wie jeder andere US-Beamte. Offensichtlich ist das ein Plan der USA, der im Interesse Washingtons entworfen und berechnet wurde.

Imperium und Chaos

Versteht man all das in Brüssel? Natürlich. Die europäischen Eliten haben unglaubliche Angst vor dem Risiko, die USA könnten sich von Europa abwenden, insbesondere im Rahmen des Ukraine-Konflikts. Das wirft ihr gesamtes Weltbild um, denn die Abhängigkeit von der amerikanischen Militärmacht war immer eine der Grundvoraussetzungen für den Wohlstand der EU.

Die Furcht, die Unterstützung der USA zu verlieren, macht ihnen mehr Angst als die Erkenntnis, dass Washington Europa dank des Ukraine-Konflikts nun melkt. Für die europäischen Globalisten können all diese Verluste später kompensiert werden, wenn der Westen seine führende Position in der Welt beibehält.

Das Risiko, dass sich, wie Borrell es ausdrückt, „der amerikanische Schutzschirm über Europa eines Tages schließen wird“, wird hier jedoch immer deutlicher erkannt. Diese Befürchtung stärkt jedoch nur die Konsolidierung der europäischen Globalisten um die Figur von der Leyen. Sie ermutigt auch die nationalen Regierungen, Brüssel freiwillig immer mehr Befugnisse einzuräumen.

Außerdem ist die Elite der EU bereit, neue wirtschaftliche Entbehrungen, Verluste, Kredite und Steuern in ihren Ländern in Kauf zu nehmen, um Europa zu zentralisieren (Einigkeit) und zu militarisieren (Ausbau der Macht). So versuchen die Europäer, ihren amerikanischen „Freunden“ erneut zu beweisen, dass Europa eine Macht ist, die nicht vernachlässigt werden darf, und dass es den USA helfen kann, die Hegemonie über die Welt im Interesse des gesamten Westens aufrechtzuerhalten.

Und wenn das nicht klappt...? Was, wenn Europa dann wirklich ein eigenständiger geopolitischer Akteur werden kann? Um diese Chance zu bewahren, sind die EU-Länder jetzt bereit, sehr viele Opfer zu bringen.

Die Eurobürokratie setzt derweil alles auf eine Karte und schürt die Kriegshysterie, um Europa in ihrem eigenen Interesse zu zentralisieren und umzugestalten. Wird die europäische Wirtschaft diesen Prozess überstehen? Wird Brüssel in der Lage sein, genügend Staaten aus dem globalen Süden anzuziehen, um sich mit Bodenschätzen zu versorgen? Wird die europäische politische Klasse ein ausreichendes Maß an politischer Stabilität aufrechterhalten, damit die Union nicht inmitten all dieser Veränderungen auseinanderbricht? Kann die von der Kriegsrhetorik überhitzte europäische Elite den Schock eines russischen Sieges im Ukraine-Konflikt verkraften?

Wenn die Antworten auf all diese Fragen positiv sein sollten, könnte die Entstehung eines neuen europäischen Imperiums an den westlichen Grenzen Russlands Realität werden. Und mit hoher Wahrscheinlichkeit wird diese Struktur aus sozioökonomischer Sicht nicht sehr freundlich sein, sondern aggressiv, bewaffnet und rachedurstig.

Andernfalls könnte es zum Zerfall dessen kommen, was mal die EU war. Und das inmitten wirtschaftlicher Probleme, einer wankenden Rüstungsproduktion und schnell wieder aufflammender alter Gebietsstreitigkeiten innerhalb Europas. Diejenigen, die diese Aussicht positiv sehen, sollten nicht vergessen, dass zwei Staaten des alten Europas Atomkräfte sind.

Natürlich ändert sich die Situation jetzt so schnell, dass sich in Europa vielleicht schon bald andere mögliche Szenarien abzeichnen, aber im Moment erscheinen mir diese beiden Optionen am wahrscheinlichsten.